

**Buero Kreistag - Antw: Wtrlt: Nachfrage zu einer Antwort im Sinne der Geschäftsordnung**

---

**Von:** Sascha Gehm  
**An:** artur.pech  
**Datum:** 07.04.2022 17:13  
**Betreff:** Antw: Wtrlt: Nachfrage zu einer Antwort im Sinne der Geschäftsordnung  
**CC:** Buero Landrat; Buero Kreistag

---

Sehr geehrter Herr Dr. Pech,

in Bezug auf die Wasserversorgung im östlichen Berliner Umland sind mehrere Entwicklungen durch das Land angestoßen. Zunächst liegt der kurzfristige Fokus auf der Legalisierung der durch den WSE beantragten, durch die obere Wasserbehörde genehmigten und durch das Verwaltungsgericht wieder aufgehobenen Entnahmemengenerhöhungen. Damit wären die kurzfristigen Bedarfe des WSE gedeckt.

Um die Trinkwasserförderung zu erhöhen, ist zudem die Erschließung einer weiteren Wasserfassung in Hangelsberg geplant. Hier wurde die Landesentwicklungsgesellschaft (LEG) beauftragt, dieses Verfahren zu koordinieren. Aktuell finden parallel einerseits Feinerkundungen statt, andererseits betreibt die Gemeinde Grünheide im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens zum "Greenworkpark" in Hangelsberg Nord die städtebauliche Sicherung des Standorts. Das Land führt einerseits die Erkundung durch und stellt andererseits Fördermittel bereit. Mittelfristig, also mit einer Perspektive der nächsten 5 bis 10 Jahre, wären damit auch weitere Bedarfe zu decken. Ich will nicht verhehlen, dass hier noch einige Fragen offen sind, wie etwa die der Form der Kooperation zwischen WSE und dem Fürstenwalder Zweckverband. Ich muss aber auch zugeben, dass der Landkreis in diesem Prozess aktuell vor allem Beobachter ist, also meine Informationen nicht immer vollständig oder aktuell sind.

Langfristig, also auf die nächsten 20 bis 30 Jahre gesehen, wird es erhebliche Herausforderungen für die Wasserwirtschaft geben. Hierbei stehen m.E. weniger die Wasserversorger im Landkreis, sondern eher die Berliner Wasserwirtschaft unter Druck. Während aktuell ausreichende Grundwassermengen bereitstehen, deren Förderung lediglich technisch oder rechtlich begrenzt sind, können demographische und klimatische Effekte hier einen Engpass herbeiführen. Da allgemein davon ausgegangen wird, dass die durchschnittlichen Niederschläge in Ostbrandenburg zurückgehen und stärker saisonal auftreten werden, wird sich einerseits die Grundwasserneubildung reduzieren und der Bedarf - etwa der Landwirtschaft - steigen. Hierfür gibt es eine Reihe von Lösungsansätzen, die ich gern an anderer Stelle weiter ausbreiten kann.

Es gibt also durchaus Bewegung in der Angelegenheit. Wenngleich ich dabei bleibe, dass sich das Land zu spät bewegt hat und dann nicht die nötige Geschwindigkeit an den Tag gelegt, sehe ich im Moment nicht, was zusätzlicher politischer Druck bewirken könnte. Der WSE hat hier mit seiner Öffentlichkeitsarbeit bereits den maximalen Druck geschaffen, wenngleich er damit auch viel Porzellan zerschlagen und sich auch in eine schwierige Situation gebracht hat. Nach außen ist der Eindruck entstanden, dass der WSE den einfachen Bürgern das Wasser kürzen muss, um Tesla zu versorgen. Außerdem besteht teilweise die Auffassung, dass uns die Grundwasserreserven kurzfristig ausgehen. Beides ist falsch. Und ich würde den WSE auch nicht gänzlich aus der Haftung nehmen wollen. Zunächst ist es seine ihm von den Mitgliedskommunen übertragene Aufgabe, Trinkwasser zu liefern und Schmutzwasser zu entsorgen. Hierfür muss er auch eigene Konzepte vorhalten, was er nicht tut. Aus diesen könnten sich frühzeitig Handlungsbedarfe und Perspektiven ergeben, so dass der Verband auf diesen Feldern nicht darauf beschränkt wäre, auf Ereignisse zu reagieren. Danach ist er freilich darauf angewiesen, dass die beantragten Fördermengen und ggf. zusätzliche Wasserwerke durch die obere Wasserbehörde genehmigt und Wasserfassungen ausgewiesen werden. Die Verwaltungskraft des WSE ist auch nicht gering, immerhin handelt es sich nach der Anzahl der versorgten Kunden um einen der

größten Versorger Brandenburgs, und übersteigt die Möglichkeiten der meisten seiner Mitgliedskommunen.

Nun ist es so, dass das 2019 durch ein Bußgeldverfahren zerschnittene Tischtuch zwischen MLUK und LfU einerseits und WSE andererseits noch nicht wieder zusammengefügt werden konnte und der WSE zu Recht auf die damals ausgesprochene Drohung verweist, die handelnden Personen könnten künftig auch persönlich strafrechtlich belangt werden, würden erlaubte Fördermengen wieder überschritten. Dies belastet die Zusammenarbeit ungemein und hat dazu geführt, dass der WSE seinerseits nicht proaktiv agiert, sondern das Land unter Druck setzt, seinerseits zu handeln. Deshalb kommt es zu Verzögerungen, da die Landesbehörden für bestimmte Anträge usw. auf den WSE angewiesen sind. Bei einem konstruktiveren Zusammenwirken gäbe es heute in der Frage der Wasserver- wie der Abwasserentsorgung mehr vorzuweisen. Dies lässt sich aber nicht durch einseitigen Druck auf eine der beiden Seiten erwirken.

Von dem Mitgliedskommunen des WSE würde ich mir wünschen, dass diese auf eine kommunikative Abrüstung hinwirken. Im Moment macht der WSE mit Pressemitteilungen Politik und betreibt über seine Stellungnahmen zu Bauleitplänen Stadtplanung. Durch Tesla ist Ostbrandenburg in den weltweiten Fokus als Wachstumsregion geraten. Dank der Öffentlichkeitsarbeit des WSE denken die gleichen potentiellen Investoren - das ergibt sich aus Anfragen an die Wirtschaftsfördergesellschaft des Landes - dass sie die Region wieder streichen können, da kein Wasser vorhanden sei. Das ist z.B. auf die pressewirksame Ankündigung der Teilkündigung des Wasserversorgungsvertrages mit Tesla zurückzuführen - die dann doch nicht erfolgte. Die Differenzierung zwischen kurzfristigen, mittelfristigen und langfristigen Reserven oder regionalen Unterschieden zwischen Erkner und Eisenhüttenstadt kann man auf dieser Ebene nicht erwarten. Das mag für Erkner verschmerzbar sein, für Eisenhüttenstadt ist es das sicher nicht. Der WSE hat damit erreicht, dass sich das Land mit ihm an einen Tisch setzt und nach einer Lösung sucht. Gleichzeitig hat er einen enormen Imageschaden für die Region verursacht. Dieses Vorgehen war sicher nicht alternativlos und es scheint zur schlechten Sitte zu werden, mit einander über die Presse zu kommunizieren.

Für weitere Fragen stehe ich gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

In Vertretung

Sascha Gehm  
1. Beigeordneter

Landkreis Oder-Spree  
Dezernat Bauen, Ordnung und Umwelt  
Breitscheidstraße 7  
15848 Beeskow

Telefon: [03366 / 35-1100](tel:03366/35-1100)

Telefax: [03366 / 35-1111](tel:03366/35-1111)

Die eMail-Adressen der Kreisverwaltung des Landkreises Oder-Spree dienen dem Empfang einfacher Mitteilungen ohne Signatur und/oder Verschlüsselung. Für rechtsverbindliche Erklärungen und Anträge, die nach geltendem Recht der Schriftform bedürfen und nur durch ein elektronisches Dokument in Verbindung mit einer qualifizierten elektronischen Signatur ersetzt werden könnten, ist folgende E-Mailadresse eingerichtet: [yps@landkreis-oder-spree.de](mailto:yps@landkreis-oder-spree.de) Signierte Dokumente können bei der Kreisverwaltung Oder-Spree nur unter dieser Mailadresse verarbeitet werden. Wenn Sie einen Antrag stellen wollen oder ein Verwaltungsverfahren abwickeln möchten, benutzen Sie bitte für die gesamte Verfahrenskorrespondenz die oben genannte E-Mail-Adresse. Alle anderen bekannten E-Mail-Adressen der Kreisverwaltung Oder-Spree, von deren Ämtern und Dienststellen sowie personenbezogene E-Mail-Adressen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung und E-Mail-Kontaktformulare stellen keinen Zugang für die rechtsverbindliche elektronische Kommunikation mit der Kreisverwaltung Oder-Spree dar. Dies gilt auch dann, wenn Sie im Laufe einer Verfahrensabwicklung eine elektronische Nachricht aus dem persönlichen Postfach einer Mitarbeiterin oder eines Mitarbeiters der Verwaltung erhalten. Andere E-Mail-Adressen als die oben genannte und sonstige elektronische Zugänge zur Kreisverwaltung Oder-Spree stehen ausschließlich für unverbindliche Anfragen und Auskünfte zur Verfügung. Verschlüsselte Mails können nicht bearbeitet werden. Rahmenbedingungen für die elektronische Kommunikation siehe [www.l-os.de/yps](http://www.l-os.de/yps)

---

Sehr geehrter Herr Landrat,  
nach der Geschäftsordnung des Kreistages ist eine Nachfrage möglich.  
Ich übermittle Ihnen vorab eine Nachfrage zur Antwort bezüglich der  
Trinkwasserversorgung im Bereich des WSE.  
Mit freundlichem Gruß  
Dr. Artur Pech

Fraktion DIE LINKE  
Im Kreistag Oder-Spree  
Breitscheidstraße 7  
15848 Beeskow